

INTERNATIONAL

6

DIE VÖLKER WESTASIENS
ERHEBEN SICH

BRD

8

KRISE DER REGIERUNG:
HAUSHALTSSPERRE

FRAUEN

10

ES GIBT KEINE FREIWILLIGE
PROSTITUTION

BERLIN

12

PENUNZEN FÜR DIE
UNSRN

HAMBURG

14

ARBEITSKÄUFER
HAMBURG

BREMEN

16

20 MID. UND STEUERTRICKS
FÜR AUFSTANDSBEKÄMPFUNG

NORDRHEIN-WESTFALEN

18

ALKOHOL, DROGEN,
GLÜCKSSPIELE

BADEN-WÜRTTEMBERG

20

WOHNUNGSNOT ZUM
SEMESTERSTART

KULTUR

22

MEDIEN:
PEST ODER CHOLERA

ROTE POST

Nr. 71

Dezember 2023



INHALT

4	BILD DES MONATS
6	INTERNATIONAL
8	BRD
10	FRAUEN
12	BERLIN
14	HAMBURG
16	BREMEN
18	NORDRHEIN-WESTFALEN
20	BADEN-WÜRTTEMBERG
22	KULTUR

**MASSENPROTESTE IN BANGLADESCH
DIE VÖLKER WESTASIENS ERHEBEN SICH IM
KAMPF GEGEN DIE AMERIKANISCH-
ISRAELISCHE AGGRESSION**

**KRISE DER REGIERUNG: HAUSHALTSSPERRE
ES GIBT KEINE FREIWILLIGE PROSTITUTION**

**BERLIN: PENUNZEN FÜR DIE UNSREN –
WOFÜR DIE BERLINER REGIERUNG GERNE
ZAHLT, UND WOFÜR NICHT**

ARBEITSKÄUFER HAMBURG

**20 MILLIONEN UND STEUERTRICKS FÜR
AUFSTANDSBEKÄMPFUNG**

ALKOHOL, DROGEN, GLÜCKSSPIELE

WOHNUNGSNOT ZUM SEMESTERSTART

MEDIEN: PEST ODER CHOLERA

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

der Völkermord Israels an den Palästinensern ist weiterhin das dominierende Thema auf internationaler Ebene. Doch auch der Widerstand und die Solidarität dauern ununterbrochen an. In vielen Ländern sehen sich die Yankees direkten Angriffen ausgesetzt. Millionen von Menschen gehen jeden Tag auf die Straßen, solidarisieren sich mit dem Kampf der Palästinenser und verurteilen Israel und seine Komplizen. Es zeichnet sich immer deutlicher ein Bild ab, in dem die Völker der Welt gemeinsam in der Praxis gegen die Imperialisten und ihre Lakaien stehen. Die Kampagne, welche vom Internationalen Kommunistischen Bund (IKB) ausgerufen wurde, leistet ihren Beitrag in diesem Sinne.

Besonderes Augenmerk wollen wir an dieser Stelle auch auf den am 26. Dezember bevorstehenden 130. Jahrestag der Geburt des Vorsitzenden Mao Tse-tung lenken:

„Der Internationale Kommunistische Bund ruft die Kommunisten und Revolutionäre aller Länder auf, sich an der Kampagne zur Feier des 130. Jahrestages der Geburt des Vorsitzenden Mao zu beteiligen. Am kommenden 26. Dezember wäre „der Große Steuermann“ 130 Jahre alt geworden und wir wollen, dass dieser Jahrestag eine bemerkenswerte und durchschlagende Feier seines unsterblichen theoretischen und praktischen Werks wird. Der Vorsitzende Mao hat die Ideologie des internationalen Proletariats zu einer neuen, dritten und höheren Stufe, dem Maoismus, entwickelt. Daher halten wir es für äußerst wichtig, dass überall auf der Welt das Banner des Marxismus-Leninismus-Maoismus als die mächtigste aller Waffen im unerbittlichen Kampf des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker der Welt gegen Imperialismus, Revisionismus und Weltreaktion hochgehalten wird.

...

Der Vorsitzende Mao hat uns gelehrt, dass nichts auf dieser Welt schwer ist, wenn wir es wagen, die Gipfel zu stürmen. Lasst uns die Kampagne zur Feier des 130. Jahrestages seiner Geburt in diesem Sinne entwickeln. Die Mitgliedsparteien und -organisationen des Internationalen Kommunistischen Bunds werden sie in allen Ländern, in denen wir aktiv sind, entwickeln und sich bemühen, sie an so vielen anderen Orten wie möglich zu verbreiten. Wir laden alle marxistisch-leninistisch-maoistischen Parteien und Organisationen ein, sich uns anzuschließen und die gemeinsamen Aufgaben, die wir hier skizziert haben, aufzugreifen. Lasst uns mit Kühnheit unsere Anstrengungen verstärken, um den Maoismus zum alleinigen Befehl und Wegleitung der proletarischen Weltrevolution zu machen!“

Internationaler Kommunistischer Bund: „Es lebe der Maoismus!“ (unsere Übersetzung)

Wir möchten auch die Entwicklung des Zweilinienkampfes auf internationaler Ebene hervorheben und empfehlen daher das Dokument des IKB „Unsere Evaluation von ‚Die Haltung der KPI (maoistisch) zur Gründung des Internationalen Kommunistischen Bundes (IKB)‘“, welches ihr auf demvolkediensten.org oder redherald.org finden könnt.

In der BRD sehen wir eine erneute Krise der Regierung, verursacht durch Haushaltstricksereien, die nun zu einer Haushaltssperre führten. Gleichzeitig verschärfen die Reaktionäre ihren Kurs gegen die Arbeiterklasse und das Volk, verbieten und drangsaliieren jede gerechtfertigte Forderung, sei es ihm Lohnkampf oder in der Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen. Demokratische Rechte und Freiheiten existieren, wenn überhaupt, nur nach dem Gusto der Herrschenden. Wer dem nicht entspricht, wird gefeuert oder verboten. Doch mehr Unterdrückung erzeugt mehr Widerstand und so verschärfen sich alle Widersprüche in der Welt, so auch in der BRD. Zuckerbrot und Peitsche fangen immer weniger. Mit einigen Ausdrücken dieser Politik der Herrschenden, von Prostitution, einer wichtigen Frage innerhalb der Frauenbewegung, über Sucht, bis hin zu dem Verschleudern von Unsummen für die kommende UEFA-Fussball-Weltmeisterschaft, beschäftigt sich diese Ausgabe der Zeitung, genauso wie mit der staatlich wie nicht-staatlich geförderten Desinformation bzw. Propaganda der Herrschenden und deren Wohnungsbaupolitik.

Da diese die letzte Ausgabe der Roten Post im Jahr 2023 ist, wollen wir es nicht versäumen, unseren Lesern einen schönen Jahresabschluss und ein kämpferisches 2024 zu wünschen. Mit der Gründung des Roten Bundes als einer bundesweiten Organisation revolutionärer Aktivisten hat sich für die revolutionäre Bewegung in diesem Land vieles positiv verändert. Dies wird sich mit Sicherheit in nächsten Jahr fortsetzen.

BILD DES MONATS



Seit Ende Oktober gibt es in Bangladesch abermals Massenproteste. Die Arbeiterklasse – insbesondere Textilarbeiter – geht gegen die widerlichen Arbeitsbedingungen und die extreme Ausbeutung, die ihnen von den Bürokratkapitalisten aufgezwungen werden, auf die Straße; es finden Kämpfe mit der Polizei statt; Fabriken werden durch die Arbeiter blockiert, um die Produktion lahmzulegen. Auch hier wurde die Polizei eingesetzt, um die gerechtfertigten Aktionen der Arbeiter mit aller Gewalt zu brechen. Das Bild zeigt Proteste in der Hauptstadt Dhaka.

Quelle: Al Jazeera



DIE VÖLKER WESTASIENS ERHEBEN SICH IM KAMPF GEGEN DIE AMERIKANISCH-ISRAELISCHE AGGRESSION

Es lohnt sich, die Lage in Palästina und Westasien weiterhin genauer anschauen, denn es zeichnet sich langsam aber sicher eine immer stärker werdende Konfrontation zwischen Kräften des nationalen Widerstandes aus Palästina und umliegenden Ländern und den Imperialisten, allen voran dem Yankee-Imperialismus, und seinem Israel ab.

Denn der Krieg gegen den israelischen Staat durch die Gegenoffensive des nationalen Widerstandes im Gazastreifen und den anderen Gebieten des historischen Palästinas ist bei weitem nicht mehr der einzige Konflikt in der Region. So ist seit dem 8. Oktober, also einem Tag nach Start der Gegenoffensive und Operation „Al Aqsa Flut“ auch die Hisbollah im Libanon am Krieg gegen die israelischen Besatzer beteiligt. An der gesamten Grenze zwischen dem Libanon und den durch Israel besetzten Gebieten greift die Hisbollah israelische Militärposten, Patrouillen und Städte mit Raketen, Anti-Panzer-Artillerie und Gewehrfeuer an. Auch aus dem Jemen feuern die durch den im Kampf gegen den Yankee-Lakai Saudi-Arabien erprobten Ansar-Allah, umgangssprachlich Houthis genannte Bewegung inzwischen regelmäßig Raketen auf südisraelische Städte aus 1.841 Kilometer Entfernung. Vor kurzem haben die Houthis sogar ein Embargo gegen israelische Schiffe im Roten Meer verkündet und ein erstes israelisches Schiff konfisziert. Auch aus Syrien werden immer wieder Raketenbeschüsse auf die von Israel völkerrechtswidrig besetzten Golanhöhen berichtet.

Zusätzlich zu den direkten Angriffen auf den zionistischen Staat gibt es inzwischen Berichte über 60 zum Teil schwere Angriffe auf Positionen und Stellungen des US-Militärs im Irak, Syrien und dem östlichen Mittelmeer vor der Küste Palästinas. So haben Gruppierungen wie der islamische Widerstand im Irak nun mehrfach US-Basen im Irak und Syrien, die zum Teil zur Absicherung von Ölfeldern, zum Teil zur Besatzung von Landesteilen genutzt werden, mit schweren Raketen und Drohnen angegriffen.

Dass zu diesem Zeitpunkt des Krieges sowohl die Aktionen als auch die Rhetorik der Widerstands-

gruppen gegen den Yankee-Imperialismus schärfer werden ist nicht willkürlich, sondern folgerichtige Konsequenz des Kampfes gegen Israel. Schon in der Peking Rundschau Nummer 24 aus dem Jahr 1967 schreiben die chinesischen Kommunisten *„Israel ist ein Produkt der Aggressionspolitik des amerikanischen und des britischen Imperialismus. Ohne Förderung durch den USA-Imperialismus hätte es kein Israel nach dem zweiten Weltkrieg gegeben.“*

Und auch in den Erklärungen und Ansprachen der beteiligten Widerstandsorganisationen spiegelt sich die Rolle des US-Imperialismus deutlich wieder. So sagte beispielsweise der Führer der libanesischen Hisbollah, dass die Gegenoffensive des nationalen Widerstandes aufzeigt, dass die israelischen Völkermörder schwächer sind als ein Spinnennetz, und dass die Truppenverlegungen und Hilfen des US-Imperialismus seit dem ersten Tag des Krieges zeigen, wie schwach und abhängig Israel wirklich ist. Weiter warnt die Hisbollah den US-Imperialismus, dass jegliche Drohungen gegen den Widerstand und den Libanon nutzlos sind und die Hisbollah sich im Angriffsfall darauf vorbereitet hat die Yankees mit schweren Verlusten ihrer Schiffe, Flugzeuge und Soldaten bezahlen zu lassen.

Wer sich mit der Geschichte des Befreiungskampfes der Völker Westasiens gegen den Imperialismus und seine Lakaien in der Region beschäftigt hat, weiß auch um die Wahrheit, die gerade in Aussagen der Peking Rundschau stecken. Der Zionismus als politische Bewegung, welcher sich Ende des 19. Jahrhunderts vor allem durch seinen Theoretiker Theodor Herzl ausformte, lässt sich praktisch darauf herunterbrechen, dass er die reaktionäre Antwort eines jüdischen Nationalismus auf die Schrecken des (europäischen) Antisemitismus sein sollte, der seit Jahrhunderten Verbrechen an Juden verübt hat, welche im Holocaust ihren Gipfel fanden. Der Zionismus ist eine Bewegung, die sich direkt gegen die internationale Arbeiterklasse und den Marxismus richtet. Der Zionismus negiert, dass die Unterdrückung von Juden durch die Befreiung vom Imperialismus abgeschafft werden kann. Stattdessen propagierte der Zionismus von Anfang an, dass die Juden sich als ein

Volk zu einer Siedlungsbewegung zusammenschließen müssten, um einem Ort in der Welt zu kolonisieren und dort ihren bürgerlichen Staat zu gründen.

Zum Grundgedanken des Zionismus gehörte es von Anfang, die Vertreibung und Enteignung der einheimischen Bevölkerung für den neuen „Judenstaat“ mit einzuberechnen. Dabei war Palästina am Anfang nur eine Option von vielen, auch Madagaskar und Teile von Argentinien waren im Gespräch. Und von Anfang an spielte die Unterstützung durch imperialistische Staaten für die zionistische Bewegung eine große Rolle. So bot der britische Imperialismus den Zionisten zuerst die Besiedlung Ugandas an, bevor sich sowohl Briten als auch Zionisten unter Bezugnahme auf religiöse Rechtfertigungen auf Palästina einigten, welches damals unter britischer Besatzung stand. Anschließend wurden Millionen von Juden mithilfe des britischen Imperialismus und der zionistischen Bewegung aus allen Teilen der Welt nach Palästina importiert und bewaffnet. Was folgte war die Nakba, die Vertreibung und ethnische Säuberung des palästinensischen Volkes aus ihrem Land und die Gründung des israelischen Staates überall dort, wo die Palästinenser vertrieben werden konnten. Heute ist es nicht mehr der britische Imperialismus, der den israelischen Staat dominiert, sondern der US-Imperialismus, an der Grundlage des israelischen Staates und seiner Funktion für die Imperialisten hat sich seitdem jedoch nichts geändert.

Deswegen sprechen die chinesischen Revolutionäre in der Peking Rundschau auch davon, dass Israel ein Lakai des Imperialismus ist und sagen „Wir werden Israel, das Aggressionswerkzeug der amerikanischen Imperialisten niemals anerkennen. Dieser gerechte Standpunkt ist unerschütterlich.“ Und auch heute ist der israelische Staat und der Zionismus ihrem Wesen nach ein Lakai der Imperialisten, welcher die Interessen der Imperialisten gegen die unterdrückten Nationen in der Region auf besonders aggressive Art und Weise vertritt.

Und es ist diese Sichtweise, die sich fundamental von der unterscheidet, welche von den Imperialisten und ihren Medien überall, aber vor allem in der BRD als „Staatsräson“ propagiert wird, nämlich die Erzählung von dem „Existenzrecht“ und der Sicherheit Israels. Gerade diese deutsche „Staatsräson“ ist ein sehr klarer Ausdruck, wie sehr der Staat Israel Werkzeug und Lakai der Imperialisten in der Region ist. Und deswegen führen die Völker Westasiens ihren Kampf gegen die israelischen Besatzer unteilbar als einen Kampf gegen den Imperialismus, allen voran gegen die einzig hegemoniale imperialistische Supermacht, den US-Imperialismus.

Der 7. Oktober und die nachfolgenden Aktionen des nationalen Widerstandes zeigen, dass selbst nach Jahrzehnten der Angriffskriege, des Terrors und



Der Rote Bund auf einer Demonstration in Hamburg

Völkermordes des Imperialismus gegen die Völker Westasiens, diese nicht eine Sekunde aufgegeben haben, zu kämpfen. So stimmt auch weiterhin die Einschätzung der Peking Rundschau Nummer 12 aus dem Jahre 1968: „Wie groß auch die Schwierigkeiten und Rückschläge sein mögen, auf die sie im Kampf stoßen, und wie lange auch der Kampf dauern mag – wenn die arabischen Völker sich vereinigen, zu kämpfen wagen und im Kampf ausharren, werden sie letzten Endes in der Lage sein, den USA-Imperialismus und dessen Lakaien Israel zu besiegen und im Kampf um die nationale Befreiung den endgültigen Sieg zu erringen.“ •

KRISE DER REGIERUNG: HAUSHALTSSPERRE

Eine Haushaltssperre der Bundesregierung gab es in der Geschichte der BRD bislang genau zwei Mal:

1. Um der Gefahr einer konjunkturellen Überhitzung vorzubeugen, beschloss die Bundesregierung im Januar 1970 ein „Stabilitätsprogramm“ inklusive einer Haushaltssperre auf Bundesebene.
2. Zur Begrenzung der Neuverschuldung des Bundes griff im Ende 1979 der damalige Bundesfinanzminister Hans Matthöfer zum Mittel der Haushaltssperre auf Bundesebene. Damit sollten Handlungsspielräume für eventuell notwendige Einsparungen eröffnet werden.

lichkeiten werden weiter eingehalten, es dürfen nur keine neuen eingegangen werden. In Ausnahmefällen können Verpflichtungsermächtigungen entsperrt werden.“ – so der Beschluss am Abend des 20. Novembers 2023.

Von der Haushaltssperre sind alle Bundesministerien betroffen: „Um weitere Vorbelastungen für künftige Haushaltsjahre zu vermeiden, beabsichtige ich, ausgebrachte und noch verfügbare Verpflichtungsermächtigungen mit sofortiger Wirkung zu sperren“, heißt es in der entsprechenden Anweisung von Haushaltsstaatssekretär Werner Gatzert (SPD) an die Bundesressorts. Ausgenommen sind lediglich Verfassungsorgane wie der Bundespräsident, der Bundestag, der Bundesrat und das Bundesverfassungsgericht.

Das Bundesverfassungsgericht hatte am 15. November geurteilt, dass die Übertragung nicht genutzter Corona-Kredite auf den Klima- und Transformationsfonds (KTF) in Höhe von 60 Milliarden Euro verfassungswidrig ist. Diese Übertragung hatte die regierende Ampelkoalition Anfang des Jahres 2022 beschlossen. Das Geld fehlt der Regierung nun. Bundesfinanzminister Christian Lindner von der FDP hatte noch am Tag der Urteilsverkündung eine Haushaltssperre verfügen lassen, jedoch „nur“ für den Klimafonds.

Der Grund für die annähernd komplette Haushaltssperre: Weitere Klarstellungen des Gerichts zur Schuldenbremse im Grundgesetz und zur Rechtmäßigkeit von Krediten werden Folgen für den laufenden Haushalt 2023 und ebenso für den Etat 2024 haben, der eigentlich Ende November beschlossen werden sollte. Insbesondere der Wirtschafts-

stabilisierungsfonds (WSF) und damit der gesamte Bundeshaushalt des laufenden Jahres, sowie die Haushaltsplanung 2024 sind wohl verfassungswidrig. Damit hat der Bund nach Auffassung der Sachverständigen und auch des Finanzministeriums im laufenden Jahr Geld ausgegeben, das ihm gar nicht zur Verfügung stand. Es fehlen also nicht nur 60 Milliarden Euro für Klimaprojekte und die Modernisierung der Wirtschaft. Der Bund muss vielmehr nachträglich eine Rechtfertigung für Milliardenkredite für z.B. die Energiepreisminderungen finden. Es könnten auch



Gangster Scholz

Auf Landes- bzw. kommunaler Ebene fand dieses Mittel lediglich sechs Mal Anwendung. Das Bundesfinanzministerium hat somit Ende November einen durchaus radikalen Schritt mit dem Erlass einer Haushaltssperre für die Ausgaben sämtlicher Ministerien, d.h. des Bundeshaushalts und aller Nebenhaushalte, getätigt:

„Das Bundesfinanzministerium stoppt die Verpflichtungsermächtigungen in 2023, um Vorbelastungen für kommende Jahre zu vermeiden“ und „Bestehende Verbind-

weitere Nebenhaushalte von den illegalen Trickereien betroffen sein.

Einer Aufstellung des Bundesrechnungshofs zufolge unterhält der Bund aktuell 29 Sondervermögen. Diese Nebenhaushalte sind keine Erfindung der Ampel-Regierung, sondern gängige Praxis, um Haushaltszahlen zu schönen. Die neuesten Sondervermögen sind Wirtschaftshilfen wegen der Corona-Krise, Aufbauhilfen für Flutopfer, der 100 Milliarden Euro schwere Sondertopf für die Bundeswehr und der Topf für die Energiepreismechanismen nach dem russischen Angriff auf die Ukraine. Bezahlt werden damit besonders solche Projekte, welche für die Pläne des deutschen Imperialismus, dem Streben, den Sprung zu einer Supermacht vollziehen zu können, von Bedeutung sind: Unter anderem die Finanzierung des sogenannten Industriestrompreises oder die Förderung der Produktion von Halbleitern und Chips in Deutschland, die Umstellung von Produktionsprozessen und die Förderung von E-Mobilität, sowie einige weitere Punkte. Diese Projekte haben für die deutsche Bourgeoisie eine enorm hohe Priorität.

Nach Angaben des Bundesrechnungshofes ist der überwiegende Teil der Sondervermögen kreditfinanziert. Ende 2022 belief sich die mögliche Gesamtsumme der geplanten Verschuldung auf rund 522 Milliarden Euro. Stehen die 60 Milliarden des Klimafonds gegenwärtig im Fokus, zeigt sich jedoch, dass das Ausmaß und die entsprechend resultierenden Probleme deutlich umfangreicher sein können. Juristische Details sind allerdings noch unklar. Um die Relation klar zu machen: Der **Haushaltsausschuss** hatte am **11. November 2022** den Bundeshaushalt für das Jahr 2023 beschlossen und demnach waren für den Bund in diesem Jahr Ausgaben in Höhe von 476,29 Milliarden Euro vorgesehen, bei einer formalen Neuverschuldung in Höhe von 45,61 Milliarden Euro.

Mitnichten aber sollte man dem Irrglauben verfallen, der deutsche Imperialismus sei in irgendeiner Art und Weise nun handlungs- oder zahlungsunfähig. Der als „Pate von Hamburg“ bekannte Bundeskanzler Olaf Scholz, auch wenn er sonst wenige besondere Fähigkeiten zu haben scheint, ist berüchtigt für seine Deals und Trickereien. Wahrscheinlich ist, dass die Bundesregierung nachträglich für das Jahr 2023 einfach eine außerordentliche Notlage erklären wird. In diesem Fall ließe die Schuldenbremse eine höhere Verschuldung zu, wäre damit quasi außer Kraft gesetzt und sowohl der WSF als auch der laufende Haushalt wären wieder „verfassungskonform“. Allerdings gibt es bezüglich dieser naheliegenden Lösungsvariante

bereits Bedenken, denn dieses Manöver könnte selbst verfassungswidrig sein, weil am Ende eines Haushaltsjahres eine Notlage erklärt würde, die zuvor nicht als erforderlich angesehen wurde.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck machte bereits deutlich, dass die für den deutschen Imperialismus wichtigen Investitionen getätigt werden müssten. *„Der Verlust, wenn dies nicht investiert wird, ist umso größer“,* sagte er. Habeck fügte hinzu: *„Das ist die Erkenntnis, die hinter dem Beschluss der Nacht steht, auch den zentralen Haushalt mit einer Sperre zu hinterlegen, weil damit gesagt wird, aus möglicherweise anderen Programmen Gelder zuzuführen.“* Klar ist auf damit jeden Fall, dass nun das im Haushalt fehlende Geld irgendwo ausgeglichen werden muss. An welchen Stellen genau es zu den Kürzungen kommen wird, ist noch undurchsichtig.

Man darf jedoch getrost davon ausgehen, dass das fehlende Geld sehr wahrscheinlich auf irgendeinem Wege auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgeglichen wird. So forderte die FDP entsprechend vehement Kürzungen bei den Sozialausgaben und der Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft der Länder, Andreas Dressel (SPD), erklärte, der kommende Tarifabschluss werde entsprechend der gegebenen Haushaltskrise gemacht werden müssen. Es ist also absehbar, dass der Staat weiter in Widerspruch zu seinen Beamten und Angestellten, heißt dem Apparat, der macht, was der Staat will, gerät und mit entsprechenden Problemen konfrontiert sein wird.

Auch trägt diese Haushaltskrise dazu bei, die Widersprüche innerhalb der Regierung weiter zu verschärfen. Ersichtlich werden diese vorhandenen Widersprüche z.B. in Anbetracht der Positionen der verschiedenen Regierungsparteien zur Schuldenbremse. Die SPD fordert die Abschaffung der Schuldenbremse und die Grünen bezeichnen diese als „nicht intelligent“ und „nicht zeitgemäß“. Die FDP hingegen geht Hand in Hand mit der CDU für den Erhalt und die Umsetzung der Schuldenbremse.

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass die in weiten Teilen desolaten Arbeit der Bundesregierung die Probleme und Herausforderungen, mit denen sich der deutsche Imperialismus konfrontiert sieht, weiter verschärft. Die Schwierigkeiten angesichts der gegenwärtigen und seit rund einem halben Jahrzehnt andauernden ökonomischen Krise zu lösen wird, je schwächer die Regierung ist, desto problematischer. Ein vorzeitiges Ende der Koalition ist somit durchaus wahrscheinlich. •

ES GIBT KEINE FREIWILLIGE PROSTITUTION

Weniger aus einem aktuellem Anlass, sondern mehr aus einer allgemeinen Notwendigkeit, über dieses Thema Klarheit zu schaffen, möchten wir uns zum Thema Prostitution äußern. Alle Zitate in diesem Artikel stammen aus dem Dokument „Prostituição: novas formas, velha opressão.“ (deutsch: Prostitution: neue Formen, alte Unterdrückung.) von der brasilianischen Volksfrauenbewegung ‚Movimento Feminino Popular‘.

Gerade in der BRD spielt Prostitution eine große Rolle. Im europaweiten Vergleich gibt es hier die liberalsten Gesetze, die BRD gilt als DAS Bordell Europas. Tatsächliche Zahlen über die Anzahl von Prostituierten und Freiern zu finden, ist allerdings nicht leicht, da die oft ungemeldete Prostitution schwer zu erfassen ist und es zudem im männlich dominierten Wissenschaftssystem wenig Interesse an einer besseren Datenlage zu diesem Thema gibt.

Die Prostitution in der BRD ist eng verknüpft mit der Ausbeutung von Migrantinnen, insbesondere aus Osteuropa. Zahlen von 2019 zufolge waren nur 19 Prozent der Prostituierten Deutsche, 35 Prozent waren rumänischer Herkunft, 11 Prozent bulgarisch und 8 Prozent ungarisch.

Dazu kommt, dass viele Frauen unfreiwillig in dem Bereich arbeiten. Manche werden gezielt mit erfundenen Arbeitsversprechen über einen ganz anderen Job und ganz andere Lebensbedingungen aus dem Ausland angelockt und finden sich dann in einem fremden Land als Prostituierte wieder, zusätzlich mit einem Berg an Schulden, einem abgenommenen Personalausweis oder anderen direkten und indirekten Zwängen, die sie an dieses Ausbeutungsverhältnis fesseln. Wenn es keinen direkten Zwang gibt, haben viele das Problem, keinen anderen Job zu finden, und bleiben dann aus finanzieller Not in dem Bereich.

NEUE FORMEN

Mit dem Entstehen von neuen Plattformen und sozialen Netzwerken wie *Only Fans* kommen auch neue Formen von Prostitution auf den Tisch. Hier ist es möglich, Bilder und Videos mit sexuellem Inhalt

hochzuladen und dafür Geld zu bekommen, was bei manchen Leuten wohl den Trugschluss erwecken kann, durch den fehlenden körperlichen Kontakt zu Freiern sei das gar keine Prostitution und mehr eine Plattform für kreative Selbstverwirklichung der Frau. „*Da es sich um ein virtuelles Medium handelt und es angeblich die Entscheidung einer Frau ist, ihre ‚sexuelle Freiheit‘ auszuüben, wird die Vorstellung propagiert, dass solche Verhaltensweisen nicht als Unterdrückung und Ausbeutung zu bezeichnen sind, wodurch die Illusion der ‚weiblichen Ermächtigung‘ verstärkt wird.*“, drückt es Movimento Feminino Popular (MFP) aus. Ja, das ist jetzt eine neue Erscheinungsform, aber eben auch nur ein anderer Ausdruck eines jahrtausendealten Problems.

„ABER ES GIBT DOCH AUCH WELCHE, DIE DAS FREIWILLIG MACHEN!“

Es gibt tatsächlich einige kleinbürgerliche Feministinnen, die Prostitution losgelöst vom Patriarchat sehen und sich in dieses Ausbeutungsverhältnis begeben. Meist kehren sie dann nach geraumer Zeit desillusioniert und verstört zurück. Aber selbst wenn der Impuls scheinbar von den Frauen selbst kam, muss man im Kopf behalten, dass Frauen „*durch jahrhundertelange Erziehung darauf konditioniert sind, von einem Mann materielle Vorteile im Austausch für sexuelle Gefälligkeiten zu erwarten, sei es innerhalb oder außerhalb der ehelichen Bande*“. Die Prostitution ist mit dem Patriarchat und dem Privateigentum zusammen entstanden und es wird sie geben, solange es das Patriarchat gibt. Dass manche Frauen dem Ganzen „freiwillig“ nachgehen, ist ein Ausdruck davon, wie sehr sie das patriarchale herabwürdigende Bild der Frau erlernt, verinnerlicht und angenommen haben.

Ebenso gibt es in denselben Kreisen die Auffassung, dass das doch ein ganz normaler Job wie jeder andere sei und dass man das dementsprechend auch „Sexarbeit“ nennen sollte. Lohnarbeit zeichnet sich allerdings dadurch aus, dass man seine Arbeitskraft verkauft für eine bestimmte Zeit pro Tag, nicht aber seinen Körper, also sich selbst. „*Der Arbeiter, der der Produktionsmittel beraubt ist, verkauft seine Arbeitskraft an den Unternehmer, nicht sich selbst. Dies ist eine der Bedingungen, die das Proletariat von den Sklaven unterscheidet. Indem sie sich*



Die Herbertstraße in Hamburg auf der Reeperbahn, seit über 100 Jahren für Prostitution genutzt.

prostituiert, verkauft die Frau ihren eigenen Körper und ähnelt damit dem Zustand der Sklaven, denn ihr Körper ist das Eigentum eines anderen und sie gerät in einen Zustand, der sie zu einer Sache macht und sie entmenslicht.“ Außerdem ist Prostitution keine Form von Produktion, man schafft nichts Gesellschaftliches.

Ein weiterer Grund, warum die Prostitution eine besonders harte Form der Ausbeutung ist, sind die gesundheitlichen Folgen. Dabei geht es um akute Verletzungen, Geschlechtskrankheiten und psychische Krankheiten. Mit akuten Verletzungen sind Verletzungen während der Prostitution selbst gemeint, das können auch schwere Verletzungen wie Knochenbrüche, Gesichtsverletzungen, Muskelrisse oder ausgekugelte Gelenke sein. Bei psychischen Erkrankungen ist die Posttraumatische Belastungsstörung ganz vorne mit dabei, diese wurde laut einer Studie von 2013 bei 68 Prozent der befragten Prostituierten diagnostiziert. 98 Prozent, also quasi alle der Befragten, hatten mindestens eine traumatische Erfahrung gemacht.

DAS „NORDISCHE MODELL“ ALS LÖSUNG?

Manche bürgerliche Feministen sind der Meinung, dass es eine Regulierung der Prostitution braucht, um die Situation der Frauen zu verbessern. Dabei gäbe es dann die Möglichkeit, entweder die Prostitution zu legalisieren, wie in der BRD, oder die Freier zu kriminalisieren, wie in Schweden und anderen nordeuropäischen Ländern.

Letztere Variante wird auch das „nordische Modell“ genannt. Die brasilianische demokratische Frauenorganisation MFP bringt es ganz gut auf den Punkt: *„Einige bürgerliche oder kleinbürgerliche Feministinnen verteidigen die Regulierung der Prostitution, als ob eine solche Maßnahme bessere Bedingungen für die Prostituierten garantieren würde. Sie schlagen dies vor, weil es in ihren reformistischen Programmen nichts gibt, was der sexuellen Ausbeutung ein Ende setzen könnte. Damit verwirren sie die Frauen des Volkes und erfüllen ihre schändliche Rolle als Erfüllungsgehilfen des Imperialismus und der Reaktion.“* In der Tat sorgen sie damit für eine Stabilisierung eines schwerwiegenden sozialen Phänomens, nicht für seine Abschaffung. Sie schlagen aber auch keinen Plan für die Abschaffung vor, sie ziehen es nicht einmal in Erwägung, ein Ende dieses Elends zu fordern, weil sie in dem Irrglauben leben (und ihn befördern), man könne keine grundlegenden Veränderungen schaffen und sich deshalb mit Reformen begnügen.

Und was die Variante der Legalisierung ganz konkret betrifft, schafft diese auch keine Abhilfe, weil sich der Markt dann einfach „Nachschub“ von woanders holt. *„Während die Zahl der einheimischen Frauen, die sich prostituieren, zurückgeht, steigt die Zahl der Einwanderinnen, die gehandelt, mit falschen Arbeitsangeboten betrogen und sexuell ausgebeutet werden.“*

All diese falschen Positionen müssen wir entlarven und die Prostitution als das betrachten, was sie ist: eine Herabsetzung des Menschseins, eine Entwürdigung der Frau und in keinem Fall eine normale Arbeit. •

BERLIN: PENUNZEN FÜR DIE UNSREN – WOFÜR DIE BERLINER REGIERUNG GERNE ZAHLT, UND WOFÜR NICHT

Auch wenn es bis jetzt im Stadtbild noch nicht ganz angekommen ist – die Vorbereitungen für die Fußball-Europameisterschaft, welche 2024 unter anderem in Berlin stattfinden soll, sind schon im vollen Gange. Ursprünglich hatte die Berliner Regierung mit 61 Millionen Euro als Kosten für die Austragung gerechnet, doch nun sollen es 82 Millionen Euro sein – eine Steigerung von über einem Drittel. Denn wenn die Herrschenden Profite, politisch oder ökonomisch, daraus schlagen können, finden sie auf einmal haufenweise Geld, welches sie für ihre Interessen verprassen können.

Erst im Sommer dieses Jahres hieß es beim Entwurf des Doppelhaushalts, dass zahlreiche nicht staatliche Sozialprojekte in den Bezirken eingestampft werden müssen, weil das Geld nicht reicht. Nicht, dass Sozialprojekten, die im Endeffekt den Interessen der Herrschenden dienen, nachgetrauert werden müsste, es zeigt jedoch deutlich die Prioritäten. Für das große Fußballereignis ist dann aber doch wieder genug Geld da. Schließlich versprechen sich Innen- und Sportsenatorin Iris Spranger (SPD) und ihre Kollegin Finanzsenatorin Frau Giffey (SPD) eine Menge Asche von dem Ganzen: Laut ihren Rechnungen sind bei allen Spielen, die in Berlin ausgetragen werden, insgesamt 450.000 Zuschauer im Olympiastadion, und wenn nur jeder knapp 200 Euro in der Stadt lässt, dann wären schon 90 Millionen Euro eingenommen, womit die 82 Millionen wieder drin wären.

Die UEFA hatte die Wahl zwischen München und Berlin als Austragungsort des Finales. Eine wenig verwunderliche Entscheidung der UEFA, Berlin als Standort für das Finale auszuwählen, denn hier

können sich die Präsidenten der Sportverbände neben den Herrschenden der im Finale stehenden Länder in der deutschen Hauptstadt auf der Ehrentribüne, die schon Hitler nutzte, tummeln.

Abgesehen von diesen „besonderen Gästen“ dürfte wohl kaum einer Fan vom Olympiastadion für Fußball sein. Wegen der Nutzung als Leichtathletikstadion, sind die Zuschauersitzplätze durch die blaue Wettkampfbahn zu weit von der Spielfläche entfernt, wodurch nur schwer Stimmung aufkommt. Sollte sie doch mal irgendwie zustande kommen,



Das Olympiastadion von innen: Hier soll das Finale stattfinden

wird diese wortwörtlich vom Marthontor aus vom Winde verweht. Immerhin werden die Gäste der Ehrentribüne so etwas weniger durch das Spiel gestört. Hinzu kommt, dass die Nutzung des Olympiastadions als übliches Sportstadion, vor allem im Zusammenhang mit einem Sportevent, bei dem es unter anderem darum geht, sein „Heimatland“ abzufeiern, eine, nett gesagt, unappetitliche Symbolik

hat, bedenke man die Rolle zu Zeiten der Hitler-Faschisten.

Von den ehemals 64 Millionen Euro sind 27 Millionen Euro für die „Ertüchtigung des Olympiastadions“ eingeplant gewesen. Nachdem bekannt wurde, dass sich die Ausgaben erhöhen, wurden die genauen Summen der jeweiligen Teilbereiche noch nicht veröffentlicht. Das Stadion soll mit dem Geld barrierefreier werden, die digitale Infrastruktur, beispielsweise das WLAN, verbessert und die Sanitäreinrichtungen ausgebaut werden. In Berlin ist jeder sechste Bahnhof nicht barrierefrei. Der Ausbau des Glasfasernetzes in Berlin dümpelt schon seit Jahren vor sich her, und beim Ausbau werden wieder einmal die Arbeiterviertel am Stadtrand quasi ausgespart. Das einzige Projekt, das die Stadt innerhalb von mehreren Jahren umgesetzt hat, um mehr öffentliche Klos zu schaffen, sind 24 sogenannte „autarke Öko-Klohäuschen“, die aussehen wie Dixi-Klos mit Holz aus dem Baumarkt verkleidet, die zusätzliche inoffiziell offizielle „Verrichtungsorte“ (die angeblich zur Verbesserung der Situation von Prostituierten führen sollen) sind.

Soviel dazu, wie die Kohle, um das Olympiastadion wieder „auf Trab zu bringen“, genutzt werden könnte, um das Leben der Menschen, die tatsächlich in dieser Stadt leben, zu verbessern.

Von den ursprünglichen 61 Millionen Euro wurden 36,2 Millionen für die Austragung außerhalb des Stadions kalkuliert. Zu den Vorgaben der UEFA gehört anscheinend auch, dass Berlin ein „Spectacular“ liefert. Dafür soll das frisch gestrichene Brandenburger Tor in das „größte Fußballtor der Welt“ verwandelt werden, und direkt davor, auf der Straße des 17. Juni, 20.000 Quadratmeter Kunstrasen ausgerollt werden, der vier Wochen lang täglich gereinigt werden soll.

Ein „Spectacular“, von dem die Berliner im Endeffekt recht wenig haben werden. Aber immerhin bleibt der bis dahin abgeschmackte Kunstrasen in der Stadt, der soll nämlich, spendabel wie die Lokalpolitiker sind, wieder verwendet werden.

Berlin ist lediglich einer von zehn Austragungsorten, mit sechs von 51 Spielen. Springer ist dennoch überzeugt vom „Mehrwert“ für die Stadt. Denn die erwarteten 2,5 Millionen Gäste werden ja Hotels buchen, in Restaurants essen und die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen. Das soll dann die Steuereinnahmen des Landes erhöhen. Wirklich weiter

belegen kann sie diese Behauptung jedoch nicht. Berlin ist im Sommer ohnehin ein beliebtes Reiseziel, weshalb es sein könnte, dass sich die EM in einigen Branchen gar nicht wirklich bemerkbar macht. Oder es könnte auch sein, dass es einige „Gewinner“ gibt, wie den Würstchenverkäufer vorm Stadion, die aber wiederum von einigen „Verlierern“, wie dem Taxifahrer, der keine Kunden bekommt, weil das Öffi-Ticket in der Eintrittskarte inbegriffen ist, ausgeglichen werden.

Jedenfalls würde sich die Annahme Springers gut mit der Rechnung treffen, die nun Ende November veröffentlicht wurde: Der Doppelhaushalt 2024/2025 wurde festgelegt. Und klar ist, dass Berlin einen Sparkurs bekommen wird. Pro Jahr müssen drei Milliarden Euro eingespart werden. Eine Maßnahme, um dieses Ziel zu erreichen, ist eine Sperre für sogenannte Verpflichtungsermächtigungen, also Finanzierungszusagen, die von Berlins Regierung für einen längeren Zeitraum als zwei Jahre gegeben werden. Betroffen sind die Berliner Hochschulen, Wohlfahrtsverbände und die Berliner Verkehrsbetriebe. Bei Letzteren gibt es im übrigen drastische Fahrplanausdünnungen ab dem 10. Dezember, weil die BVG nicht genug Fahrer hat. Diese werden, obwohl die BVG sagt, dass die größten Kürzungen innerhalb der Stadt vorgenommen werden, besonders in den Arbeiterbezirken merklich sein, denn hier ist das Busnetz ohnehin schon eher dürrig ausgebaut.

Was wiederum unterstützt werden soll, sind beispielsweise Schulen in freier Trägerschaft, also konfessionelle Schulen und private Montessori- und Waldorfschulen. Aber es sollen auch staatliche Projekte „für gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen Antisemitismus, Rassismus, Islamfeindlichkeit und jede Form von Diskriminierung“ ins Leben gerufen werden. Also kurzum, die ideologische Offensive dieses reaktionären Staates wird weiter hochgefahren, unter dem Deckmantel eine „toleranter“ und weniger „diskriminierende“ Gesellschaft zu fördern.

Die Berliner Regierung zeigt mit der Handhabung der Gelder, welche sie für die Fußball EM verplempert, klar, dass sie nur in ihrem eigenen Interesse handelt, und nicht im Interesse der Menschen, die in dieser Stadt leben. Deshalb hauen sie für eine kurze Showeinlage, deren angeblicher wirtschaftlicher Nutzen für die Stadt erstmal dahingestellt sei, eine enorme Summe auf den Kopf und können bauliche Wunder vollbringen. Aber wenn es um die Probleme der Menschen hier geht, geht es nur müßig, wenn überhaupt, voran. •

ARBEITSKÄUFER HAMBURG

Im Zuge der aktuellen Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst wird momentan gestreikt. Wobei „Streik“ in Deutschland tatsächlich fast immer in Anführungszeichen gesetzt werden muss. Es gibt sogenannte „Warnstreiks“, welche zwischen den Verhandlungsrunden der Bosse mit der Gewerkschaftsbürokratie an einzelnen Tagen durchgeführt werden.

Die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), beide Mitglieder des DGB, und die Gewerkschaft Komba (des Deutschen Beamtenbunds, dbb) mobilisieren an unterschiedlichen Tagen zu Warnstreiks in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Die Forderungen belaufen sich vor allem auf 10,5 Prozent mehr Lohn, da die hohen Lebenshaltungskosten nach wie vor das drängendste Thema in jeglichen Arbeitskämpfen sind. Der Kampf für höheren Lohn aufgrund der enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten steht also weiter auf der Tagesordnung, vor allem auch, weil er durch den Verrat der Gewerkschaften an den Arbeitern im vorletzten Jahr nur aufgeschoben wurde. Aber auch das Thema Personalmangel im öffentlichen Dienst spielt immer noch eine große Rolle, und so fordern die Beschäftigten, dass mehr Geld für die Einstellung neuer Kollegen bereitgestellt wird. Des weiteren wird ein sogenannter Sockelbetrag von 500 Euro gefordert und eine „Stadtstaatenzulage“ von 300 Euro.

Die Seite der Arbeitskäufer, in diesem Fall der Staat, blockt von vornherein ab. Der Verhandlungsführer für die bundesweiten Tarifverhandlungen ist Hamburgs Finanzsenator Andreas Dressel von der SPD. Gegenüber dem Norddeutschen Rundfunk (NDR) erklärte Dressel, dass die Forderungen zu hoch und zu teuer seien. Wie Dressel zum Arbeitskampf der Beschäftigten im öffentlichen Dienst steht, machte er bereits vor einiger Zeit deutlich, als er sagte, dass man ja Wohngeld beantragen könnte, wenn der Lohn nicht zum Leben reichen würde.

Die Gewerkschaftsbürokratie ihrerseits fährt gegenüber den Interessen der Arbeiter einen offenbaren Zersplitterungskurs. Von den vier lokalen Hamburger Streiks in der vergangenen Woche fanden zwei quasi nicht mehr in wirklich Hamburg (oder was

der durchschnittliche Hamburger dafür hält) statt – einer in Bergedorf und einer in Volksdorf (tatsächlich ein Dorf), trotzdem beteiligten sich rund 3.000 Arbeiter des öffentlichen Dienstes an diesen Streikaktionen. Das gleiche wurde in der darauf folgenden Woche fortgesetzt: mit einem besonderen Streiktag für die Stadtstaatenzulage, wodurch die Arbeiter im öffentlichen Dienst außerhalb von Berlin, Bremen und Hamburg bewusst außen vor gelassen werden. Auch die arbeitenden Studenten bekommen ihren eigenen Streiktag. Bunt und laut waren diese in der Hamburger Innenstadt unterwegs, aber es waren nur rund 500. Eine gemeinsame Aktion wird allen Orts möglichst sabotiert. Das steht in der Kontinuität der Zersplitterung in TV-L und TVöD, wodurch diejenigen, die für den Staat schufteten, in unterschiedliche Tarifverträge aufgespalten wurden.

Auch vor Beginn der Tarifverhandlungen hatte zumindest ver.di ein dickes Brett für die Arbeiter im öffentlichen Dienst zu präsentieren. Die viel gelobte Befragung zur Forderungsfindung wurde von vielen dazu genutzt eine prozentuale Erhöhung von 20 Prozent und mehr zu fordern. Bei ver.di kamen dabei dann 10,5 Prozent heraus. Wohl gemerkt als Forderung. Der Unmut darüber ist durchaus spürbar. Viele Kollegen warten nur auf den nächsten Verrat.

Die Tendenz, dass sich immer mehr Arbeiter von den Gewerkschaften abwenden, da diese die Interessen der Arbeiter immer und immer wieder am Verhandlungstisch verraten, ist im allgemeinen gut und erst recht, dass die Arbeiter auf eigene Initiative Streiks und Aktionen durchführen, insbesondere, wenn dabei die Grenzen des äußerst reaktionären restriktiven deutschen Streikrechts überschritten und somit die reaktionären Autoritäten direkt konterkariert werden. Was es also braucht, ist eine neue kämpferische Gewerkschaft, die der Arbeiterklasse wirklich dient.

Was insbesondere ver.di den Arbeitern zu bieten hat, zeigte sich auf einer Streikversammlung vor einer Demonstration mit rund 7.000 Arbeitern des öffentlichen Dienstes in Hamburg. Dort machte die Gewerkschaftsführung in Person der Verhandlungsführerin Behle den kompletten Realis-

tätsverlust der Gewerkschaftsbürokratie deutlich, in dem sie behauptete, dass die schlechten Verhandlungsergebnisse Resultat eines zu niedrigen Organisationsgrades seien. *„Nach jeder Tarifrunde verlieren wir Mitglieder.“* Richtig, denn immer mehr Leute haben zu recht die Schnauze voll davon, monatlich ein Prozent des Bruttolohns für durch und durch verkommene Gewerkschaftsbonzen zu zahlen, nur um von vorne bis hinten verarscht zu werden. Darum treten die Leute nach den Tarifverhandlungen aus, aber das kann in der Welt der Gewerkschaftsbürokratie nicht wahr sein.

Trotz allem ist die Entschlossenheit markant, einen annähernden Inflationsausgleich brauchen besonders die Kollegen in den unteren Lohngruppen dringend. Den Rat von Seiten der Bosse, Wohngeld zu beantragen, mussten viele Kollegen bereits umsetzen. Andere gehen nach der Arbeit Pfandflaschen sammeln.

Weil der Druck so groß ist, reagieren auch die Bosse und schicken in diesem Falle ihre Personalabteilungen vor. So wird absurderweise den Sportplatzwarten das Streikrecht abgesprochen und Abmahnungen ausgesprochen, wenn diese sich am Streik beteiligen. Das ganze landete vor dem Hamburger Arbeitsgericht. Die Kollegen werden breit unterstützt, von vielen Sportvereinen und auch von anderen Kollegen im öffentlichen Dienst, trotzdem gibt es dort ein merkliche Verunsicherung, auch weil von ver.di nicht mehr als Symbolpolitik in dieser Frage zu erwarten ist.

Auch die Feuerwehr ist von Schikanen betroffen. Dort arbeiten viele Kollegen in durchaus schlecht bezahlten Beamtenverhältnissen. Da diese per se nicht streiken dürfen, haben sich einige entschlossen, hinter den Streikdemonstrationen mit sogenannten Bewegungsfahrten die Streiks zu unterstützen. Auch dagegen wird massiv vorgegangen von den Personalabteilungen und versucht, die Kollegen einzuschüchtern.

Viel zu wenig wird durch die Gewerkschaften darauf hingewiesen, dass arbeitsrechtliche Maßnahmen durch die Arbeitskäuferseite in der Regel mit dem Abschluss eines Tarifvertrags aufgrund einer üblichen Maßregelungsklausel nichtig sind. Das bedeutet, dass Ermahnungen, Abmahnung, Versetzungen und sogar Kündigungen schlicht keinen Bestand mehr haben. Aber das scheint vielen Kollegen nicht wirklich

bewusst zu sein, und die Gewerkschaften kümmern sich kaum darum, dass dieses Wissen Verbreitung findet.

Beeindrucken konnten hingegen die Kollegen Transportarbeiter von der HHLA, Hamburger Hafen und Logistik AG. Diese organisierten Mitte November einen wilden Streik gegen den HHLA-Verkauf der Stadt an die Reederei Mediterranean Shipping Company (MSC) aus Italien. Die HHLA betreibt im größten Hafen Deutschlands drei von vier Containerterminals und ist damit eines profitabelsten Unternehmen der Stadt. Bislang ist die HHLA zu 100 Prozent in Hand der Stadt Hamburg. Trotz der Drohungen und Repression der Geschäftsführung der HHLA blieben die Kollegen standhaft und streikten über 24 Stunden. Dabei gingen sie einfach über die Köpfe der Gewerkschaftsbürokraten von ver.di hinweg, die den Forderungen der Arbeiter nicht entsprachen. Im Aufsichtsrat wurde dem Verkauf der HHLA vom ver.di-Vertreter sogar zugestimmt. Die HHLA-Geschäftsführung reagierte auf diese kollektive Aktion der Arbeiter mit einer Abmahnungswelle und Kündigungsdrohungen gegen viele Kollegen.

Damit war die Repression gegen die Kollegen aber noch nicht vorbei. Am 17. November wurde dem HHLA-Betriebsrat von der Geschäftsführung mitgeteilt, dass eine der aktivsten Kolleginnen im Kampf gegen die Privatisierung fristlos gefeuert werden soll. Die stellvertretende Betriebsratsleiterin Jana Kamischke sollte wegen vieler Vorwürfe gegen sie gekündigt werden. Kamischke stand bei den Aktionen gegen die Privatisierung immer wieder in der Öffentlichkeit und wurde so offensichtlich zu einem Dorn im Auge der HHLA-Geschäftsführung. Die Kündigung erfolgt nun genau aus diesem Grund, obwohl es sich laut einer Stellungnahme des Betriebsrats um „Meinungsäußerungen im privaten Bereich“ handelte.

Auf diese Weise wird der Konflikt aber nur weiter von Seiten der Arbeitskäufer eskaliert. Vorfälle wie diese werden den Kampf der Hafenarbeiter nur weiter befeuern und die Solidarität unter den Kollegen stärken. Die Kündigung musste nicht einmal eine Woche nach Bekanntwerden zurück gezogen werden. Eine Flut an Protest aus der Hamburger Arbeiterschaft, unter anderen von der Hamburger Hochbahn, hatte die HHLA überzogen. •

20 MILLIONEN UND STEUERTRICKS FÜR AUFSTANDSBEKÄMPFUNG



Grohner Düne und Bullen-Baustelle

Vegesack in Bremen-Nord erkennt man schon vom Weiten über sein knapp 60 Meter hohes Wahrzeichen – die Grohner Düne, einen Hochhauskomplex, in dem um die 2.000 Menschen leben. Die Grohner Düne liegt in den Händen des dubiosen Immobilienkonzerns *Grand City Properties*, soll jetzt aber von der Stadt aufgekauft werden. Im Schatten der Grohner Düne liegt der Vegesacker Hafen, ein schnuckeliges kleines Hafenbecken, das heute kaum einen noch so richtig interessiert. Ein hier 2003 eröffnetes Einkaufszentrum floppte, das Gebäude stand jahrelang leer, wurde abgerissen, und nun bekommt das Grundstück ein neues Gebäude – nämlich das neue Polizeikommissariat für Bremen Nord, das Platz für 200 Cops bietet.

Vegesacks Mitte wird also nach Plänen der Stadt umstrukturiert. Für die Grohner Düne ist es aufschlussreich, sich vor Augen zu führen, wie in Bremen in der Vergangenheit mit einigen seiner selbsternannten „sozialen Brennpunkte“ umgegangen ist. Besonders ist das Arbeiterviertel Tenever am östlichen Stadtrand zu erwähnen, wo die Stadt und die Bullen Anfang der 2000er-Jahre die Kontrolle nicht mehr halten konnten und der Hass der Arbeiter hier drohte, überzukochen. Die unzähligen heruntergekommenen Blocks an der Otto-Brenner-Allee

wurden von der Stadt und ihrem Wohnungsbauunternehmen, der GEWOBA, übernommen; ein Teil wurde renoviert, ein Teil abgerissen. Einige neue Menschen zogen daraufhin zu, zudem konnten mehr „soziale Angebote“ durch die Stadt dort realisiert werden. So wurde verhindert, dass sich die Arbeiter in Tenever zusammenschließen und rebellieren. Heute besteht in Tenever, auch wenn die Menschen hier wütend auf ihre Ausbeuter und die Regierung sind, nicht die gleiche Situation wie vor 20 Jahren. Zudem zeigen sich auch leichte Unterschiede zwischen den Blocks an der Otto-Brenner-Allee und der anderen Hochhauszeile in Tenever, der Neuwieder Straße. Hier sind nämlich die Blocks in den Händen der *Grand City Properties* und anderen privaten Unternehmen und in schlechterem Zustand – so wurden vor drei Jahren die Bewohner eines Hochhauses hier monatelang infolge eines Brandes und ausbleibenden Reparaturen an der beschädigten Gasleitung ohne Warmwasser gelassen und während des Corona-Hochs in Duschcontainer geschickt. Diese Verwahrlosung durch Immobilienspekulanten befeuerte natürlich ein gehöriges Maß an Wut unter den Anwohnern – und genau vor dieser Wut fürchten sich die Herrschenden, und deshalb wollen sie auch die Grohner Düne unter ihre Fittiche bringen. So heißt es bei der Senatspressestelle zu einer Sitzung Mitte Juni:

„Mit dem Ankauf der Grohner Düne ließe sich die Gesamtsituation im und rund um den Gebäudekomplex in Bremen-Vegesack positiv beeinflussen. Als Ergebnis einer Kooperationsvereinbarung mit den derzeitigen Eigentümern aus dem Jahr 2016 wurde zwar ein Integriertes Entwicklungskonzept (IEK) für das Quartier erstellt, das inzwischen größtenteils umgesetzt ist. Dennoch verspricht sich der Senat durch den Ankauf der Düne sowohl positive Effekte für die Bewohnerinnen und Bewohner als auch für das städtebauliche Umfeld. [...] Einem möglichen Ankauf der Grohner Düne wird eine hohe stadtentwicklungs- wie auch sozialpolitische Bedeutung beigemessen.“

In der benannten Sitzung wurde unter anderem auch ausgeführt, dass das Ziel sei, „eine fortgesetzte Privatisierung dieser Wohnungsbestände zu vermeiden, auch wenn deren Folgen derzeit nicht seriös zu prognostizieren sind. Je nach Vermietungsstrategie eines neuen Eigentümers könnten sich die bereits vorhandenen multiplen Problemlagen vor Ort weiter verschärfen“. Ganz nach dem Beispiel Tenever soll auch hier die GEWOBA das Gebäude in die Hand bekommen. „Am 14. Oktober 2022 fand ein erstes Gespräch zwischen GEWOBA und der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau“, was in Bremen bedeutet, die Bausenatorin führt ein Gespräch mit der Bausenatorin. Der Staat nimmt die Sachen in die Hand – das bedeutet nicht, dass es bei diesem Prozess „sauber“ zugehen muss. Und so wollte das arme Bremen, das diesen Oktober bereits bekanntgab, dass der Kaufpreis zu teuer sei, sich im Sommer einiger fauler Tricks bedienen, um für die beiden Plattenbauten möglichst wenig Geld auf den Tisch legen zu müssen. So führt Grand City die beiden Blocks der Grohner Düne mittels zweier „Objekt- bzw. Eigentümergesellschaften“ (Bistre Retama Property GmbH und Emerald Dipcadi Property GmbH), Unternehmen, die in erster Linie auf dem Papier existieren, mit Sitz in Berlin. Der „Kauf“ der Grohner Düne sollte nun nicht auf normalem Wege vor sich gehen, sondern mittels des 100-prozentigen Erwerbs der Anteile an diesen Unternehmen durch die GEWOBA realisiert werden. Das würde bedeuten, dass keine Änderung im Grundbucheintrag notwendig wäre und nach lokalen Quellen dadurch mehrere Millionen zu zahlende Steuern umgangen werden. Vor einigen Jahren hatte der Bremer Senat noch selbst diesen Schwindel kritisiert.

Nun ist der Kaufpreis immer noch zu teuer und es steht noch offen, ob die Grohner Düne an die

GEWOBA oder irgendwelche US-Spekulanten geht. Die Berichte einiger Senatoren zeigen aber, wie wichtig den Herrschenden die Kontrolle über das Hochhaus ist: „In die Kaufpreisverhandlungen nicht einzutreten würde bedeuten, dass die Eigentümerin ausschließlich mit privaten Erwerbsinteressierten verhandelt. Dann ist das politische Ziel, die Wohnungen in diesem Wohnungsmarktsegment zu sichern und bedarfsgerecht zu bewirtschaften, nicht sicher durchsetzbar. Diese Alternative wird daher nicht empfohlen.“ Die andere Seite dieses „politischen Ziels“ soll 20 Millionen Euro kosten und das Herz eines kleinen Neubauquartiers am Vegesacker Hafen werden. Ganz gleich, wie unidyllisch das sein mag – logistisch hat die Polizei hier die beste Ausgangsposition, die sie in Vegesack bzw. in ganz Bremen-Nord haben kann. Denn das Revier ist direkt in Vegesacks Mitte, am logistischen Knotenpunkt, dem Vegesacker Bahnhof, und dem Wohnkomplex, den sie am meisten fürchten und deshalb am meisten schikanieren wollen. Eine große Polizeiwache mitten ins Viertel pflanzen – damit sammeln sie in Gröpelingen und der vermeintlichen „Mobilitätsdrehscheibe“ am Depot im Augenblick schon Erfahrungen. Der Vegesacker Bahnhofsvorplatz ist nebenbei einer der ersten Orte gewesen, wo in Bremen großflächig hochauflösende Überwachungskameras installiert wurden. Die Daten gehen an die Videoleitstelle im Polizeipräsidium in der Vahr, wo die Bilder 365 Tage im Jahr rund um die Uhr auch von Menschen angeschaut und ausgewertet werden. Auch in der Grohner Düne hat die Stadt es schon vor einigen Jahren durchsetzen können, dass der Eigentümer auf dem ganzen Gelände Kameras installieren lässt.

Viele in der Grohner Düne erhoffen sich natürlich von der möglichen GEWOBA-Übernahme, dass sich nun besser ums Gebäude gekümmert wird. Gleichzeitig bahnen sich dann aber auch steigende Mieten an, womit die Stadt ja auch beabsichtigt, ein paar Leute vor die Tür zu setzen. Von der Polizei erhofft sich aber – abseits der reichen Gegend Vegesacks am Weserhang – kaum jemand etwas, erst recht nicht in der Grohner Düne. Diese beiden Dinge kombiniert zeigen, wie der Bremer Senat langfristig eine Arbeitergegend für sich gefügig machen will und Aufstandsbekämpfung betreibt. Doch die Polizei geht damit zwangsläufig auch auf Konfrontation. Besonders die proletarische Jugend von Vegesack wird sich dazu nicht zwei mal einladen lassen. •

ALKOHOL, DROGEN, GLÜCKSSPIELE



Süchte, egal ob Alkohol, illegale Drogen oder Glücksspiel, sind Probleme, die leider ein Dauerbrenner in unserer Klasse sind. Nicht wenige aus den Arbeitervierteln der BRD haben schon die ein oder andere Phase hinter sich, in der sie mal zu viel Alkohol getrunken, zu viel gekifft oder ihr hart verdientes Geld in Wettbüros und ‚Spielos‘ zum Fenster rausgeschmissen haben.

Süchte sind ein Thema, das im Hintergrund, oder auch sehr präsent in unseren Leben ist. In Nordrhein-Westfalen gibt es so gut wie keine Arbeiterviertel, in denen man nicht an den Hauptstraßen an 10 Spielos vorbeikommt und auf den Plätzen die immer gleichen Nachbarn sieht, welche sich jeden Tag von morgens bis abends betrinken. Alleine auf der Altendorfer Straße in Essen, wo die Aktivisten des Roten Bundes regelmäßig ihre Massenarbeit entfalten, gibt es auf einer Strecke von 300 Metern ein Dutzend Spielos und Wettbüros. Der Ehrenzeller Platz, welcher im Jahr regelmäßig Schauplatz von politischen Veranstaltungen ist und auf dem sich bei schönen Wetter große Teile des Viertels zum Abhängen treffen, ist gleichzeitig auch der Platz, an dem bei jedem Wetter und Jahreszeit Gruppen von Menschen sitzen und sich Bier und Wodka hinter die Binde kippen. Ähnliche Bilder finden sich so auch in Duisburg-Hochfeld, Dortmund-Nordstadt oder Köln-Kalk.

Die falsche bürgerliche Moral versucht uns zwar oft, in den Medien und Serien weis zu machen, dass es sich bei Süchten um etwas handelt, was nur Menschen betrifft, die ihr Leben nicht mehr im Griff haben, es sich dabei also um eine Art Randphänomen handelt. Die Wahrheit ist aber, dass es Jede und Jeden treffen kann und Süchte sich durch das ganze Volk und alle seine Schichten ziehen.

In Deutschland sind 1,9 Millionen Menschen alkoholabhängig, 9 Millionen Menschen konsumieren Alkohol in ungesunder und riskanter Form. 2,3 Millionen Menschen in der BRD sind medikamentenabhängig, haben also eine Abhängigkeit von legaler Medizin. 1,3 Millionen Menschen sind süchtig nach Glücksspielen und 500.000 sind abhängig von illegalen Drogen wie Cannabis oder Kokain. Hinzu kommen noch neuere Formen der Sucht wie Computerspielsucht oder generell die Sucht nach Online-Inhalten. Diese Zahlen sind größtenteils dem Bundesgesundheitsministerium entnommen und stammen meistens noch aus der Zeit vor Beginn der Corona-Pandemie und der seitdem intensivierte wirtschaftlichen und politischen Krise in der BRD. Es ist also davon auszugehen, dass sich diese Zahlen alle nach oben entwickelt haben. Denn auch wenn das Thema Süchte in der bürgerlichen Wissenschaft immer als reine Erkrankung dargestellt und damit oft individualisiert wird, gibt es einen

klaren Zusammenhang zwischen dem Ausmaß an Ausbeutung und Unterdrückung, welches Menschen erleben, und der Wahrscheinlichkeit und dem Ausmaß ihres Suchtverhaltens. So findet sich Alkoholabhängigkeit zwar häufiger bei reicheren Bevölkerungsteilen, die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen kommt dennoch zum Ergebnis, dass gerade in Krisenzeiten besonders arme Menschen häufiger Gefahr laufen süchtig zu werden.

Kein Wunder, wenn man sieht, welche Funktion diese Süchte in diesem System erfüllen. Nämlich als vermeintlich einfache Lösungen für unsere Probleme. Ob man zu wenig Geld verdient, die Ehe in die Brüche geht oder man überraschend gekündigt wurde und dann Existenzängste darum hat, seine Miete zu bezahlen und über den Monat zu kommen. Süchte entstehen aber auch beispielsweise zwischen Alltags-sorgen einen Kita-Platz für seine Kinder zu finden und dabei noch Stress in seiner Beziehung zu haben, was natürlich auch gesellschaftliche Ursachen hat. Für mindestens 50 Prozent unserer Klasse kommen dann noch die patriarchale Unterdrückung als Frau hinzu, und für die Migrant*innen spielt der wachsende und immer aggressiver werdende Chauvinismus eine große Rolle im Alltag, welche einen dauerhaft belasten. Kinder und Jugendliche werden Tag für Tag in teils maroden Schulen für den Arbeitsmarkt gedrillt und nicht wenige erleben dann noch Gewalt durch die Eltern zu Hause. Diese ganzen Probleme, welche in der ein oder anderen Art und Weise auf der Ausbeutung und Unterdrückung in diesem imperialistischen System basieren, führen dann dazu, dass man diesen Situationen entkommen und sich einfach mal ablenken und glücklich fühlen will. Und hier kommen die Süchte ins Spiel. Denn Süchte dienen im Imperialismus in erster Linie als eine Art Kompensationsverhalten für die Schäden, die man jeden Tag in diesem System erlebt. Alkohol, Medikamente und illegale Drogen betäuben uns und geben uns das Gefühl, dem Alltag zu entfliehen. Glücksspiele führen, wie der Name schon sagt dazu, dass man das Gefühl hat, mit einem Spiel seine Lebenslage ändern zu können, außerdem vermitteln sie Nervenkitzel und lenken einen ab.

Dieses Kompensationsverhalten individualisiert unsere Probleme aber noch mehr, obwohl sie gesellschaftliche Ursachen haben. Das führt auch dazu, dass wir und unser Umfeld durch dieses Suchtverhalten kaputt gehen und von den Ursachen unserer Probleme abgelenkt werden. Und vor allem wird

unsere Klasse als Ganzes dadurch in ihrer Kampfkraft geschwächt. Denn wollen wir wirklich grundlegend etwas an unseren Problemen ändern, die uns als Arbeiter*innen, Frauen, Migrant*innen, als Ausgebeutete und Unterdrückte, betreffen, dann müssen wir unnachgiebig darum kämpfen.

Dass diese Süchte so breit in der Gesellschaft verankert sind, ist nämlich kein Zufall, sondern liegt auch an gezielter staatlicher Förderungspolitik, gerade damit wir nicht gegen unsere Unterdrückung aufbegehren. Alkohol ist in Deutschland gerade im Vergleich zu anderen Ländern immer noch spottbillig und lächerlich einfach verfügbar. Das soll nicht heißen, dass Alkohol verboten oder unbedingt teurer gemacht werden muss, aber es ist gezielte Politik der Herrschenden, diese Volksdroge Nummer 1 besonders in den Arbeitervierteln an die Massen zu bringen. Spielos und Wettbuden machen wie oben schon erwähnt ganze Straßenzüge aus, sodass man eher an einen Wettschein als an Brot kommt. Illegaler Drogenhandel wird – auch wenn sich ganz oft ganz groß seine Bekämpfung auf die Fahne geschrieben wird – gezielt in Arbeitervierteln zugelassen, damit die Ärmsten sich betäuben können. In Serien und Filmen der bürgerlichen Medienlandschaft werden Alkohol und illegale Drogen ständig romantisiert und vorgelebt. Und sollte man dann mit Alkohol oder illegalen Drogen irgendwelche Probleme mit den Bullen bekommen, dann gibt es Anzeigen und Repression, aber keine richtige Hilfe, schon gar nicht Hilfe, die sich um unsere grundlegenden Probleme schert. Richtige Hilfe gegen Sucht ist entweder schwer zu bekommen oder nicht besonders erfolgreich, weil es die Gründe, warum Menschen süchtig werden, eben nicht bekämpft.

Wir sehen also, dass die Herrschenden ein aktives Interesse daran haben, dass wir an Süchten leiden und so in ihrem System vor uns hinvegetieren und unsere Probleme nicht anpacken, solange wir weiterhin zur Arbeit gehen und nicht rebellieren. Was uns klar sein muss, ist, dass wir unsere Lage in diesem System eben nur ändern werden, in dem wir akzeptieren, dass wir dafür kollektiv als Klasse darum kämpfen müssen und nicht vor dem Kampf davonlaufen können. Denn das Glück findet sich nicht in Süchten und Degeneration, sondern wie es Karl Marx gesagt hat, **„Glück ist Kampf!“**. •

WOHNUNGSNOT ZUM SEMESTERSTART



Der Semesterstart, für viele Menschen markiert dies den Beginn eines neuen Lebensabschnitts. Man fängt sein Studium an, zieht zum ersten Mal von zu Hause aus und oft auch in eine neue Stadt. Dabei hat man vor Beginn des Semesters in der Regel einen positiven Blick in die Zukunft. Man zieht sozusagen in ein Abenteuer, einen neuen Ort, um neue Dinge zu lernen, andere Menschen kennenzulernen, Freundschaften zu schließen und insgesamt auch um eine schöne Zeit zu haben. Mit Beginn des Semesters gerät dieses positive Bild jedoch häufig schnell ins Wanken. Oft beginnen die Probleme dabei schon damit, dass man keine bezahlbare Wohnung findet und sein Studium beginnt, ohne überhaupt einen Wohnsitz gefunden zu haben, denn vor allem in Universitätsstädten ist bezahlbarer Wohnraum eine Mangelware.

In Freiburg ist die Situation dabei besonders heikel. Während Wohnraum in Freiburg schon vor fünf Jahren unheimlich teuer war, sieht dies mittlerweile noch schlimmer aus. Ein durchschnittliches WG-Zimmer in Freiburg kostete im letzten Jahr knapp 500 Euro. Damit ist der durchschnittliche WG-Preis gegenüber 2021 im Durchschnitt um rund 70 Euro angestiegen. Im Vergleich dazu stieg der Mietpreis für Wohnungen in Freiburg in diesem Jahr um 5,4 Prozent.

Die Situation ist durchaus dramatisch, und zwar seit langem. Eine Entspannung der Lage ist nicht in Sicht, ganz im Gegenteil. So ist die Tendenz, die wir sehen können, dass sich der Wohnraummangel immer weiter verschärft und voraussichtlich auch in den nächsten Jahren

weiter verschärfen wird. Gründe dafür sind unter anderem eine erhöhte Nachfrage an Wohnraum. Seit dem Ende der „Coronajahre“ ziehen wieder mehr Menschen in Studentenstädte und beginnen dort ihr Studium. Gleichzeitig sind aber in den letzten Jahren die Bautätigkeiten zurückgegangen. Dies führt natürlich zu der Situation, dass immer mehr Menschen immer verzweifelter um den vorhandenen Wohnraum konkurrieren müssen.

Ein weiterer Punkt, der das Finden von bezahlbarem Wohnraum stark erschwert, ist die – infolge der aktuellen zyklischen Wirtschaftskrise – explodierte Inflation. Auch in diesem Jahr werden die Preise mit an Sicherheit angrenzender Wahrscheinlichkeit weiter angestiegen sein. Wenn man es also geschafft hat, als Student endlich einen WG-Platz zu finden, muss man anschließend einen Großteil seines Geldes für die Miete ausgeben. An eine eigene Wohnung ist dabei gar nicht erst zu denken. Zusätzlich sieht man sich dann aber auch im Alltag mit der Inflation konfrontiert. Alltägliche Dinge, wie Lebensmittel, werden immer teurer. Auch die Mensen der Universität erhöhen ihre Preise. Dinge, wie sich mal eine Pizza, einen Döner oder einen Kneipenbesuch zu gönnen, werden für viele zunehmend zu einem seltenen Luxusgut.

Während die Preise für Mieten, Strom, Lebensmittel und alles andere in die Höhe schießen, schießt das Bafög dabei allerdings nicht nach oben. So liegt das Maximum für den Bafög-Wohnungszuschlag bei 360 Euro. Laut dem diesjährigen Studentenwohnreport können sich vom festgelegten Bafög-Anteil lediglich Studenten in Magdeburg und Chemnitz

eine studentische Musterwohnung leisten. Arbeitende Studenten schuften derweil unter miserablen Bedingungen, ohne Tarifvertrag, auf kurze Zeit befristet, meist zum Mindestlohn, müssen krankheitsbedingte Fehlzeiten nacharbeiten usw.

Während die Taschen der Studenten immer leerer werden, machen die Politiker – deren Taschen zeitgleich immer voller werden – keine Anstalten, irgendetwas daran zu ändern. Die Maßnahmen der Stadt Freiburg beschränken sich zum Großteil auf eine Plakatkampagne, welche dazu aufruft, Wohnraum für Studenten zur Verfügung zu stellen (allerdings nur mit sehr mäßigem Erfolg.). Daneben gibt es dann auch das von der Stadt vorangetriebene Konzept „Wohnen gegen Hilfe“. Der Gedanke davon ist, dass Studenten bei anderen Menschen einziehen (oftmals handelt es sich dabei um alte, pflegebedürftige Menschen) und diese durch Ausführen verschiedener Tätigkeiten im Alltag unterstützt.

Lasst uns diese tolle Idee kurz für euch übersetzen. Die Herrschenden kümmern sich einerseits nicht darum, dass genügend bezahlbarer Wohnraum da ist, und andererseits kümmern sie sich auch nicht darum, dass die Krankenkassen die notwendigen Unterstützungsmaßnahmen für pflegebedürftige Menschen bezahlen. Die Lösung dafür ist dann, wohnungslose Studenten bei alten pflegebedürftigen Menschen einzuquartieren, damit die Studenten diese dann neben ihrem Studium kostenlos versorgen. Ein offensichtliches Abwälzen der Verantwortung, welche eigentlich das Gesundheitssystem und die Krankenkassen wahrnehmen sollten. Für einige Studenten mag dies tatsächlich auch erst mal nach einer möglichen Lösung klingen. Dabei ist allerdings nicht festgelegt, ob dieses Wohnen gegen Hilfe bedeutet, ab und zu für die Person einkaufen zu gehen, oder acht oder mehr Stunden am Tag zu unterschiedlichen Zeiten unbezahlt zu arbeiten. Da man diese unbezahlte Arbeit als Gegenleistung für den lebensnotwendigen, zur Verfügung gestellten Wohnraum leistet, begibt man sich damit in ein quasi-feudales Abhängigkeitsverhältnis.

Wer letztendlich zu Semesterbeginn gar nichts an Wohnraum gefunden hat, landet dann in einer der Notunterkünfte. In der Tat werden jedes Jahr in Freiburg große Hallen als Notunterkünfte freigemacht, um dort die Unglücklichen einzuquartieren, die noch kein WG-Zimmer haben. Auch dabei zeigt die Stadt eindringlich, wie wenig sie sich um die Studenten schert. So ist der dortige Aufenthalt auf zehn Tage beschränkt. Diese Frist kann zwar verlängert werden,

allerdings nur dann, wenn auch weiterhin Platz in der Unterkunft vorhanden ist. Falls dies nicht der Fall ist, hat man ein Problem. Um sich dieses Problem und auch das anstrengende Zusammenleben in der Notunterkunft zu sparen, entscheiden sich vermehrt auch manche Studenten dazu, vorübergehend auf Campingplätzen zu leben. So wurde zum Beispiel am Beginn des Wintersemesters letztes Jahr, in einem Bericht des SWR, über einen Campingplatz in Tübingen berichtet, an welchem relativ viele Studenten in Wohnwägen oder Bussen dauercampen, da sie keinen Wohnraum gefunden haben.

Angebliche „Heilmittel“ sind große Bauprojekte, wie beispielsweise die neuen Stadtteile Dietenbach und Kleineschholz, welche nun mit großen Investitionen in den nächsten Jahren aus dem Boden gestampft werden sollen. Dabei entpuppt sich das ganze jedoch bei näherer Betrachtung als eine Mogelpackung. Auf der einen Seite werden die Wohnungen in diesen neuen Stadtteilen so teuer sein, dass man sich diese als normaler Mensch nicht leisten kann. Zwar gibt es immer wieder im Voraus große Ankündigungen, dass ein großer Teil der neuen Wohnungen als Sozialwohnungen angeboten werden wird, ob dies dann aber am Ende der Bebauung auch tatsächlich so sein wird, ist jedoch fraglich. Es wäre nicht das erste Mal, dass die angekündigte Zahl an Sozialwohnungen nach der Realisierung der Bebauung im Nachhinein einfach reduziert wird. Doch selbst wenn nicht, werden diese oft nach einigen Jahren privatisiert und sind spätestens dann für Arbeiter nicht mehr bezahlbar. Mit der Schaffung solcher Neubustadtteile entsteht ein weiterer Effekt: der Anstieg des Mietspiegels. Durch das Angebot einer größeren Anzahl von neuen Wohnungen, welche teuer vermietet werden, beeinflusst dies auch die restlichen Wohnungspreise in der gesamten Stadt und treibt diese nach oben.

Die Herrschenden sind nicht daran interessiert, dieses Problem zu lösen. Für manche Teile der herrschenden Klasse ist diese katastrophale Situation in der Tat äußerst profitabel. So können große Unternehmen durch die starke Nachfrage an Wohnraum, auf dem Immobilienmarkt eine enorme Menge an Profit erwirtschaften. Wohlgermerkt auf dem Rücken des Volkes. Inmitten des Mangels an vorhandenem Wohnraum verschlechtert die Schaffung von neuem Wohnraum, aufgrund der systemischen Bedingungen, die Situation der Arbeiterklasse nur weiter. Einer von vielen Punkten, der uns aufzeigt, wieso wir ein wirklich anderes System brauchen. Ein System den Interessen des Volkes entsprechend, wo produziert und gebaut wird, was gebraucht wird und nicht, was Profit verspricht. •

MEDIEN: PEST ODER CHOLERA

Nach Studien des „Edelman Trust Barometer“ vertrauen 47 Prozent der Befragten den Informationen, die die Medien in Deutschland verbreiten. Nach einer Studie der Uni Bielefeld hat unter Jugendlichen bereits eine klare Mehrheit kein Vertrauen – 75,8 Prozent würden Zeitungen, 71,6 Prozent Journalisten misstrauen; 37,9 Prozent glaubten, dass „die Medien absichtlich wichtige Informationen zurückhalten“, und 32,8 Prozent, dass sie nur ihre eigene Meinung verbreiten würden. Man kann davon ausgehen, dass Leute mit mehr Vertrauen in die Medien (denn das heißt in der Regel auch mehr Vertrauen in den Staat) auch eher an der Studie teilgenommen haben, und dass somit die tatsächlichen Zahlen noch deutlich niedriger sind. Klar ist, dass sich sehr viele Menschen in Deutschland im Klaren sind, dass man ihnen tagtäglich Lügen, Meinungsmache und Desinformation auftischt. Uneinig ist man sich nur darin, woher die Lüge stammt und wo man die Wahrheit findet.

Die deutsche Medienlandschaft ist nicht ein Block, sondern teilt sich an erster Stelle in staatliche und nicht-staatliche Medienmonopole auf. Ihr „Kampf“ untereinander ist ein verlogenes Gezanke von zwei Seiten derselben Medaille. Sie entlarven sich und ihre Lügen gegenseitig und gewinnen gerade dadurch Leser, Zuschauer und Hörer. Die ARD warnt vor „Populismus“ und den unsachlichen Verbreitungen der nicht-staatlichen Medien. Die Bild-Zeitung entlarvt die Heuchelei und Zensur der Öffentlich-Rechtlichen. Beide haben in diesen Fragen recht, doch warum sollte man auch nur einem der beiden Pinocchios vertrauen? Das Problem ist, dass so sich viele unserer Leute, die verstanden haben, dass man sie verarschen will, wieder hinters Licht führen lassen.

Auf staatlicher Seite ist natürlich der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) zu nennen. 18,36 Euro zahlt man im Monat, damit man die bürgerliche Propaganda in Funk, Fernsehen und dem Internet auf die sachliche Weise erhält. Rundfunkräte voll mit ranghohen bürgerlichen Politikern, Chefs von Instituten und zum Teil auch von Unternehmen, Korrespondenten, die auf einmal Sprecher des Verteidigungsministeriums werden und der staatlich sanktionierte Auftrag für den ÖRR beweisen, dass das Gerede von einem „unabhängigen“, „nicht-staatlichen“,

„unparteiischen“ öffentlichen Rundfunk ohne Klassencharakter eine bloße Lüge ist. Ist die Tagesschau immer noch eine wichtige Quelle, wenn man wissen will, was in der Welt los ist, wird doch an allen Ecken und Enden ein kleiner oder großer Teil der Wahrheit vorenthalten und nur die Sicht des deutschen Imperialismus auf die Dinge dargestellt. Begriffe wie „Terroristen“, „Extremisten“, „Unrechtsstaat“, „Diktatoren“ werden willkürlich vergeben, große Waffendeals der deutschen Imperialisten werden durch Todesmeldungen von mittelmäßigen Rappern aus den Nachrichten verdrängt. Da gibt es tausend Beispiele. Zufällig sind die interviewten „Bürger“, die ihre Meinung kundtun, Bundestagsabgeordnete, zufällig sitzt Lauterbach wieder in der Sendung von Markus Lanz, zufällig lässt man in den Talkshows niemandem aus dem Volk zu Wort kommen und zufällig hetzt die Hexe in der Tagesthemen-„Meinung“ wieder gegen Ungeimpfte. Der Fall der korrupten Patricia Schlesinger rundet die gegenwärtige Empörung über den ÖRR ab. Dass spätestens seit Antritt der Ampel-Koalition viel Wert auf „Political Correctness“ inklusive Gender-Methoden, sich häufender Berichterstattung über die „LGBTQ“-Community etc. gelegt wird, hat die Öffentlich-Rechtlichen für Millionen Menschen nur noch mehr ins Lächerliche gezogen. Der ÖRR entwickelt ganz in diesem Sinn peinliche „linksliberale“ und pseudo-radikale Formate wie die „Fire for Future – das Demo-Desaster“ vom „Browser Ballett“, die sich an jüngere Kleinbürger richten. Auf YouTube und den sozialen Medien unterstützt das ÖRR-eigene Netzwerk „Funk“ unzählige weitere Formate für insbesondere junge Leute, wie z.B. den Kanal „MrWissen2go“, der es versteht, ohne offiziell Partei für eine Seite zu ergreifen, „kritische“ Themen sachlich so zu erklären, wie der deutsche Imperialismus sie betrachtet.

Die dem Staat untergeordneten Medien reichen von den der ARD unterstehenden lokalen Radiosendern bis zu großen Tageszeitungen wie der „Frankfurter Allgemeinen“, deren Herausgeber, die Fazit-Stiftung, sich aus ehemaligen ÖRR-Intendanten, ehemaligen Regierungssprechern, Ministern, Richtern, Bankern, Konzernchefs und dergleichen zusammensetzt. Alle diese Medien folgen grundlegend der Politik der Bundesregierung; ihre „sachliche“, „differenzierte“ Berichterstattung ist voll von Propaganda dafür, dass

sich die Dinge genau so entwickeln, wie sie es gerade tun.

Die andere Seite fordert im Wesentlichen mehr Tempo bei der Reaktionarisierung des Staates, insbesondere den schnelleren Ausbau des Polizeistaats. Von den Formaten des Springer-Verlags bis zur Funke-Medien-Gruppe – überall finden sich in den nicht-staatlichen Medienmonopolen fette Überschriften, offene Lügen und noch offenere chauvinistische Hetze. Recht haben sie im Augenblick höchstens, wenn sie die Doppelmoral der Ampel-Regierung oder des ÖRR lautstark denunzieren. Die Lösung darauf, dass man zugibt, dass die Ampel-Regierung die Leute verarscht, soll jedoch mehr Härte und Bestrafung in der Migrationspolitik und gegen jedwede fortschrittliche Kräfte sein. Dazu verharmlosen sie die regierenden bürgerlichen Politiker. Dass Baerbock, Habeck und Co. nicht den kompetentesten Eindruck machen, ist eine Sache, die Bundesregierung ist nichtsdestotrotz in der Lage, die Interessen des deutschen Imperialismus mit aller Gewalt durchzusetzen. Sie fokussieren auf die Form und lenken vom tatsächlichen Inhalt ab. Am Ende wird die Krise als das Resultat „unfähiger Politiker“ und nicht als das, was es ist – eine Notwendigkeit dieses maroden Systems – dargestellt. Dass Boulevardpresse & Co. nicht dem Staat unterstehen, bedeutet nebenbei nicht, dass der Staat – in Form der Geheimdienste – die Inhalte nicht über den ein oder anderen Weg mitbestimmt, siehe die aktuelle mediale Gleichschaltung zu jedwedem Widerstand gegen die imperialistische Besatzung in Palästina, wo die Inhalte aller bürgerlichen Medien sich kaum voneinander unterscheiden.

Spiegel TV ist bekannt dafür, z.B. Demonstranten im Namen der Pressefreiheit voll ins Gesicht zu filmen – das tun sie nicht nur aus Versehen bei Nazis vom LKA, sondern auch weitläufig bei fortschrittlichen Kräften oder einfachen Leuten, die eh schon Opfer von chauvinistischer Hetze sind. In sämtlichen Teilen der Boulevardpresse wird seit Jahren über „Asyl-Betrug“ und „Schmarotzerei“ gelogen. Die „Bild“ und die „Welt“ überschlagen sich in diesen Wochen in ihrer Hetzkampagne gegen Migranten und Menschen mit Wurzeln in arabischen Ländern. Menschen, die friedlich an Demos für Palästina teilnehmen, werden als „Juden-Hasser“ titulierte und sollen nach Meinung einiger „Kolumnisten“ mit Schlagstöcken und Wasserwerfern zur Ruhe gebracht werden. Solche

Hetziprediger wie Jan Fleischhauer, Carsten Stahl, Henryk M. Broder oder auch Bullen-Sprachrohr Rainer Wendt, kriegen seit Jahren Narrenfreiheit, in den ohnehin schon chauvinistischen „Nachrichtensendungen“ aufzutreten und die Spaltung der Arbeiter mit widerlichen Parolen voranzutreiben. Diese Art von „Kolumnisten“ finden sich mittlerweile auf diversen YouTube-Kanälen wie „Achtung, Reichelt!“, ein Hetzmedium des ehemaligen Bild-Chefredakteurs, das vereint mit ähnlichen Kanälen durch die Online-Präsenz „Nius“ gelenkt wird. Von hier aus ist auch die Grenze zu reaktionären, von privaten (nicht selten der AfD nahestehenden) Medienpräsenzen finanzierten Verschwörer-Kanälen wie von Ken Jebsen, Daniele Ganser oder Attila Hildmann nicht mehr weit, und auch solche „Aluhüte“ sind der Meinung, sie wären diejenigen, die nun die Wahrheit entdeckt hätten – das gleiche Prinzip, wie wenn die Bild-Zeitung den ÖRR kritisiert. Ein Beispiel ist der YouTube-Kanal „_horizont_“ ein völlig reaktionärer Kanal mit einigen sehr cleveren Videos, die bürgerliche Politiker und staatliche Medien total entlarven. Aber die Betreiber machen das eben nicht fürs Volk, sondern für ihre Hetze gegen Ausländer und Revolutionäre und für Werbung für die AfD. Auch im „Privatfernsehen“, z.B. den Sendern der „ProSiebenSat.1 Media“, wird planmäßig um die Wette gelogen – ein Blick auf die Verschwörungs-Reportagen von „Kabel Eins Doku“ reicht.

Am Ende dienen beide „Seiten“ der bürgerlichen Medienlandschaft zur Zeit dem Erhalt der bürgerlichen Demokratie, und damit wie immer der Stärkung der Diktatur der Bourgeoisie. Die einen Lügen oft verdeckt, die anderen häufiger offen. Bei manchen Menschen kommen verdeckte Lügen besser an, bei manchen Menschen kommen offene Lügen besser an. Das ist nicht die Schuld des Volkes und kein Zeichen für vermeintliche „Dummheit“ von Bild-Lesern, wie es manche Akademiker, die ihrerseits den „Gegenstandspunkt“ oder das Feuilleton der Süddeutschen lesen, behaupten, sondern Resultat der beharrlichen Propaganda der Bourgeoisie und der Unterdrückung der Medien, die tatsächlich eine Stimme des Volkes sind. Wir halten dem entschlossen entgegen, dass der gesellschaftliche Kampf ein *Klassenkampf* ist, und dass die Arbeiter eigene Medien brauchen, die ihren Kampf nicht in die Bahnen der Herrschenden lenken. •

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KOMMENDE TERMINE

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

BERLIN

Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Demonstration
14.01.2024 | 10 Uhr
Frankfurter Tor

KONTAKTE

BUNDESWEIT

Roter Bund | kontakt@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee | rfk-kontakt@roterbund.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | bw@roterbund.de

BERLIN

Roter Bund | berlin@roterbund.de

BREMEN

Roter Bund | bremen@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk-bremen@roterbund.de

HAMBURG

Roter Bund | hamburg@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rfk-hamburg@roterbund.de

NRW

Roter Bund | nrw@roterbund.de

DAS TITELBILD

Vorsitzender Mao Tse-tung, geboren am 26. Dezember 1893

ROTE POST

